1921 P 9544

Namslauer Stadtblatt.

31148

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich bis auf Weiteres **zweimal:** Mittwoch und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 M. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die **einspaltige** Kopfzeile oder deren Raum 1 Mk., für Auswärtige 1,25 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die Spaltzeile 2,50 Mk. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Belegegebühr nach Vereinbarung.

49. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224

Nr. 1. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Oots, Namslau. | **Namslau, Mittwoch, den 5. Januar.** | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Oots, Namslau. | **1921.**

Politische Jahresrundschau.

Das verflossene Jahr 1920 war das erste Friedensjahr nach dem unseligen Weltkriege, denn am 4. Juni 1920 wurde endlich der Frieden geschlossen, aber dieses erste Friedensjahr muß zugleich als das schwärzeste Jahr in der deutschen Geschichte, ja in der ganzen Weltgeschichte bezeichnet werden. Der Friedensvertrag von Versailles ist nämlich in Wirklichkeit gar kein Friedensvertrag, sondern er ist ein Gewaltakt an dem deutschen Volke, ja ein Verbrechen an der ganzen Kulturwelt, denn anstatt den Frieden wieder herzustellen und die friedliche Arbeit und die Kultur wieder zur Blüte zu bringen, hat er in fast allen Ländern nur Wirren hervorgerufen und die wirtschaftlichen und finanziellen Notstände verschlimmert. So ergibt sich am Ende des Jahres 1920, daß alle unsere Bestrebungen zur Verbesserung unserer traurigen Lage umsonst waren, und daß in Wirklichkeit nicht ein einziges der vielen Probleme im Jahre 1920 gelöst worden ist. Alle Probleme des alten Jahres werden somit in das neue Jahr hinüber geschleppt und als das größte Problem des neuen Jahres gilt nun die Revision aller Friedensverträge der Verbandsmächte, denn nicht nur der Friedensvertrag mit Deutschland, sondern auch die Friedensverträge mit Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und der Türkei sind Gewaltakte, und die in den letzten Tagen des alten Jahres bekanntgewordene trostlose Lage Wiens und Deutschösterreichs beweist, daß die Friedensverträge in böser Absicht den besiegten Ländern aufgezwungen worden sind, um deren Gesundung und Wiederaufblühen zu verhindern. Blicken wir aber nun noch einmal zurück auf unser Vaterland, so wollen wir noch besonders feststellen, daß alle bisherigen Versuche, zu einem besseren Verhältnis mit unseren Gegnern zu gelangen, von der Herrschsucht und Gewaltpolitik Frankreichs und Englands zerstört worden sind. Die Unmöglichkeit der Erfüllung des Friedensvertrages durch das am Boden liegende Deutschland wurde zu neuen Gewaltakten und Erpressungen von Seiten der Verbandsmächte benutzt. So mußten wir die Besetzung Frankfurts a. M. durch die Franzosen erleben und wir stehen noch immer unter der Drohung der Besetzung des ganzen Ruhrgebietes. Auch die Behandlung der Frage der deutschen Einwohnerwehren und die Konferenzen in Spa und Brüssel zeigen, daß unsere Gegner nur immer gegen Deutschland Beschlüsse fassen und dem deutschen Volke kaum noch die Luft zum Atmen lassen. Stehen wir so vor der traurigen Erfahrung, daß uns der Friede mit den Verbandsmächten keinen wirklichen Frieden gebracht hat, so können wir doch die Hoffnung hegen, daß wir mit Amerika durch die Wahl des neuen Präsidenten Harding zu einem wirklichen Frieden im neuen Jahre kommen können. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß Amerika bei dem Waffenstillstandsvertrage vom 11. November 1918 der Bürge für die Erfüllung der 14 Wilsonschen Friedenspunkte gewesen ist, daß aber diese 14 Friedenspunkte bis heute noch nicht erfüllt worden sind und wir müssen deshalb darauf hoffen, daß Harding sein Wort noch einzulösen gedenkt und sich daraus eine Revision des Friedensvertrages ergeben muß. Es muß auch hervorgehoben werden, daß der Friedensvertrag ganz unmögliche und ganz verkehrte Grenzregulierungen den besiegten Völkern auferlegt hat, und daß aus diesem Grunde auch für Deutschland der ungeheuerliche Zustand sich entwickelt hat, daß die Abstimmung in Oberschlesien vollständig verschoben worden ist, und daß Deutschland noch immer der Gefahr schwebt, Oberschlesien als ein Land der alten deutschen Kulturarbeit an die anmaßenden Polen zu verlieren. Die Staatskunst der Verbandsmächte hat trotz aller Schlauheit der Machthaber in Paris und London in vielen Fällen versagt. So herrscht in Bezug auf den Orient trotz der Friedensverträge immer noch eine große Unordnung und in Bezug auf die Entwickelung der Dinge in Griechenland hat die Gewaltpolitik der Verbandsmächte überhaupt Schiffbruch gelitten, denn trotz des Protestes Englands und Frankreichs hat der Kemalist Mustafa Kemal Pascha in kurzem seinen Einzug wieder in Athen gehalten und die Regierung Griechenlands wieder übernommen. Ueberhaupt ist ganz Europa und auch der ganze Orient nebst Kleinasien noch immer einem Pulverfasse, und wie wenig der Friedensvertrag seine Aufgabe erfüllt hat, das zeigte die Völkerbundskonferenz in Genf. Die Konferenz gab den Beweis für die Unfähigkeit des Völkerbundes, die internationalen Probleme der Politik, der Finanzen und des Wirtschaftslebens zu lösen, und die große südamerikanische Republik Argentinien hat sich auf der Völkerbundskonferenz in Genf den Dank der Kulturwelt verdient, als der Vertreter Argentiniens erklärte, daß Argentinien aus dem Völkerbunde wegen der Ablehnung der natürlichen Ansprüche aller Staaten aus dem Völkerbunde austrete.

Wenn wir nun weiter Umschau im Bezug auf die Weltlage halten, müssen wir erkennen, daß der dunkelste Punkt in Europa und leider das schwerste Problem für das Schicksal Europas und auch Deutschland immer noch Rußland darstellt. Der russische Bolschewismus ist trotz aller Schwierigkeiten im Inneren Rußlands immer noch am Ruder des großen Rußland geblieben, und selbst der unglückliche Feldzug der Russen gegen die Polen scheint die Herrschaft der Bolschewisten auch noch nicht erschüttert zu haben. Der in Riga vereinbarte Friedensschluß zwischen Rußland und Polen ist aber im alten Jahre noch nicht zustande gekommen, und man kann es bezweifeln, ob Rußland das neue Jahr wirklich den Frieden bringen wird. Nach dem Siege der roten Armee gegenüber den Heeren der Monarchisten unter dem General Wrangel und seiner Mitarbeiter die Kämpfe in Rußland immer weiter. Zuweilen gelingt es den bolschewistischen Regierungen, Lenin und Trotzki, wenden Mittel an, um die Aufstandsversuche zu unterdrücken. Und für die Zustände in Rußland kam aber noch im Jahre des Heil. Minister Trotzki in der russischen Regierung erklärt hat, daß ein russisches Volkes unter jetzt bestehenden bolschewistischen Regierung die Ursachen aller Uebelstände in Rußland [illegible] Bolschewismus mit aller Gewalt zu beseitigen [illegible] doch wohl [illegible] wünscht wegen Asien eine Verständigung mit Rußland, Frankreich steht aber ganz auf Seiten der Polnischen Republick und will mit Rußland nicht eher Frieden schließen, als bis sich Rußland für die Bezahlung der 20 Milliarden alter Schulden an Frankreich bereit erklärt hat. Die Lösung dieses Problems liegt also noch in weiter Ferne. Was vom Bolschewismus erwartet werden kann, zeigt vielleicht das Schicksal der ungarischen Räterepublik. Dort hat bekanntlich der berüchtigte Bolschewistenführer, der mit allen Mitteln rücksichtsloser Gewalt arbeitende Bela Khun, und seine Helfershelfer eine Räterepublik gegründet und die Stadt Budapest zum Hauptsitze der ungarischen Bolschewisten gemacht. Am 19. August 1920 krachte aber die ungarische Räterepublik wieder zusammen und Ungarn befindet sich jetzt in einem politischen Uebergangsstadium, aus welchem sich vielleicht noch ein Königreich entwickeln kann, denn die ungarische Nationalversammlung zeigt in ihrer Mehrheit Abgeordnete, welche aus Ungarn wieder ein Königreich machen möchten. Das südslawische Reich hat nun endlich mit Italien einen Frieden gemacht, aber es muß noch abgewartet werden, ob nun wirklich auf der Balkanhalbinsel Ruhe herrschen wird. Bulgarien ist allerdings so sehr verkleinert und unterdrückt, daß es kaum die Kräfte zu neuen Machtentfaltungen aufbringen kann, und dasselbe kann man von der Türkei sagen. Der Anfangs bestehende Plan der Verbandsmächte, die Türken ganz aus Europa zu verdrängen, ist indessen wegen des Streites um den Besitz von Konstantinopel doch noch nicht zur Ausführung gelangt, und hat man sich in London und Paris dahin verständigt, daß die Türken im Besitze von Konstantinopel bleiben sollen. In Kleinasien kämpft aber noch eine tapfere türkische Partei gegen die Unterdrückung durch die Verbandsmächte und deren Bundesgenossen. Von der polnischen Republik kann man trotz der kriegerischen Erfolge derselben gegen Rußland sagen, daß ihre Lebensfähigkeit noch nicht erwiesen ist, denn Polen muß finanziell und auch wirtschaftlich als Bankerott bezeichnet werden, da die Schuldenlast Polens so gewaltig groß geworden ist, daß an eine Verzinsung derselben garnicht gedacht werden kann, und außerdem besteht in Polen ganz unbeschreibliche Notstände für den Verkehr und für das ganze Wirtschaftsleben. Möglich wäre nun allerdings, daß Frankreich und vielleicht auch England zu großen Unterstützungsmaßregeln für die Polen auf Kosten Deutschlands greifen werden. So liegen also auch im neuen Jahr die Dinge im Osten Europas äußerst schwierig und auch für unser deutsches Vaterland gefährlich. Es muß nun aber auch gesagt werden, daß der größte und unversöhnlichste Feind Deutschlands, Frankreich, von dem Gewaltfriedensvertrage, abgesehen von der vorzüglichen Kohlenversorgung durch das Abkommen von Spaa, doch bei weitem nicht die Vorteile von dem Friedensvertrag gehabt hat, welche sich der fanatische Deutschenhasser Clemenceau während seiner Ministerpräsidentschaft für Frankreich eingebildet hat. Gerade die Frage der Wiedergutmachung hat seit dem Friedensvertrage nichts wie politische und wirtschaftliche Beunruhigung für Frankreich gebracht, da Frankreich in ganz unvernünftiger Weise unerfüllbare Forderungen fortwährend aufstellte und weil gegen diese Forderungen England und zumal auch Italien ihre Einwände geltend machen. So mußte es kommen, daß der um die französischen Erfolge sicher sehr verdiente Ministerpräsident Clemenceau gleich nach dem Abschluß des Friedensvertrages zurücktreten und dem Minister Millerand die Präsidentschaft im Ministerium überlassen mußte. Man wünschte in Frankreich an Stelle des Präsidenten Poincaré aber auch einen neuen Präsidenten der Republik, und so wurde an Stelle Poincarés der Präsident der Deputiertenkammer, Deschanel, zum Präsidenten der französischen Republik gewählt. Bei Deschanel traten seltsame Beweise der Geistesstörung in der Ausübung seines Amtes zutage, und deshalb mußte in Frankreich im verflossenen Jahre zu einer neuen Präsidentenwahl geschritten werden, und diese Wahl fiel nun auf den Ministerpräsidenten Millerand, und an dessen Stelle übernahm nun Leygues die Ministerpräsidentschaft. Eine verhältnismäßig große Steigkeit in seiner ganzen politischen Entwickelung zeigte England im Jahre 1920. In dem [illegible] Bewußtsein, den größten Nebenbuhler Englands, nämlich Deutschland, im Weltkriege gründlich besiegt zu haben, konnte der englische Ministerpräsident Lloyd George bei allen Schwierigkeiten nach innen und außen immer auf den Beifall der Mehrheit des englischen Volkes und Parlamentes rechnen, sodaß auch die Aufstände in Irland und der große Streik der englischen Bergarbeiter nur als vorübergehende Erscheinungen angesehen werden konnten, die an der Machtstellung Englands nicht zu rütteln vermögen. Die politische Lage in den übrigen Ländern der Welt zeigte nur Anpassungsversuche an die durch den Weltkrieg und den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse.

Kabinett Stenko-Łużycki

Das wirtschaftliche Gebot für das neue Jahr.

Hart ist die Zeit, in welcher wir in das neue Jahr eingetreten sind, und die Not dieser Zeit erfordert ganz außergewöhnliche Maßregeln und Handlungen, wenn wir sie mildern wollen. Es muß nun gegenüber den schlimmen Zeiten ausgesprochen werden, daß in unserem Volke sich immer noch Tausende, ja Millionen von Volksgenossen so benehmen, als lebten wir noch in dem Deutschland des Wohlstandes und [illegible] und daß deshalb täglich auch für allerlei Nichtigkeiten die Dinge und auch für überflüssige Genüsse [illegible] verschwendet wird. Es hat ja nun in der [illegible] immer wieder sinnige und verschwenderische [illegible] Geld zum Fenster hinausgeworfen [illegible] Volksgenossen dazu, in der [illegible] Gesellschaft nicht werden, sonst steht [illegible] Notständen schlimm, [illegible] derjenige, daß wir [illegible] Deutschland zum geworden [illegible] wirtschaftlichen Gebote der Armut. Dasselbe kann nur lauten: Du sollst entsagen und entbehren. Dieses Entsagen und Verzichten wird uns aber durch die Erkenntnis unserer wirklichen Notlage erleichtert. Wir dürfen nicht stets nur auf die erhöhten Löhne und Gehälter und den um ein vielfaches gesteigerten Geldumsatz der Banken blicken. Das Geld ist ja doch — ganz entsprechend dem Valutastande und erst recht um ein vielfaches gesteigerten Geldumsatz der Banken blicken. Das Geld ist ja doch — ganz entsprechend dem Valutastande und erst recht entsprechend unserer tatsächlichen Armut — auf das kläglichste entwertet. Wir dürfen uns auch der Tatsache nicht verschließen, daß die Unmassen unseres Papiergeldes im Auslande fast gar keinen Wert mehr besitzen, und daß wir uns erst wieder eine ganz andere Valuta für unsere deutsche Mark erwerben müssen. Dies ist nur durch große wirtschaftliche Sparsamkeit und Entsagung auf der einen Seite und durch große Arbeit und erhöhte Warenproduktion möglich. Als wirkliche Werte kommen sonach für uns nicht nur im Verkehre mit dem Auslande, sondern auch im wirtschaftlichen Verkehre im Vaterlande nur die Erzeugnisse unseres Fleißes und unserer Arbeit und unsere Ersparnisse in Betracht, und alles andere ist nur hohler Kram und törichter Wahn. Vor allen Dingen müssen wir auch das Wenige, was uns noch an wirklichen Werten geblieben ist, zu erhalten und zu vermehren trachten, und dann haben wir die Hoffnung, uns doch wieder auf einer sehr ehrenwerten und festen Grundlage emporarbeiten zu können. Das deutsche Volk war schon einmal gänzlich verarmt. Das war in der Zeit nach dem 30jährigen Kriege. Damals war die Not in Deutschland so groß, daß die richtige Hungersnot herrschte, und daß es in vielen Dörfern überhaupt kein Vieh und keine Getreidevorräte mehr gab. So schlimm ist es in rein wirtschaftlicher Hinsicht in Deutschland jetzt nicht. Es sind vielmehr bessere Bedingungen als damals für den Wiederaufbau vorhanden, und gilt es nur, daß das wirtschaftliche Gebot der harten Zeit befolgt wird.

Theobald von Bethmann Hollweg †.

Berlin, 2. Januar. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg ist Sonntag früh 2 Uhr an einer doppelseitigen Lungenentzündung auf Schloß Hohenfinow nach nur dreitägigem Krankenlager im Alter von 64 Jahren gestorben.

Der ehemalige Reichskanzler, der das Weihnachtsfest im Kreise seiner Familie verlebt hatte, veranstaltete noch am vergangenen Mittwoch seinen Gutsangestellten und Arbeitern ein Fest, dem er persönlich beigewohnt und auf dem er sich anscheinend eine Erkältung zugezogen hatte, die bann in Lungenentzündung ausartete. Am Freitag legte sich der Kanzler zu Bett, da sich inzwischen heftiges Fieber eingestellt hatte. Professor Lazarus, der sofort aus Berlin hinzugezogen worden war, stellte fest, daß wenig Hoffnung für eine Wiedergesundung des Kanzlers vorhanden sei. Schon am nächsten Tage, nachdem das Fieber einen hohen Grad erreicht hatte, verlor der Patient das Bewußtsein. Am Sonntag früh um 2 Uhr setzte die Herztätigkeit aus, und Herr von Bethmann verschied ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. An dem Sterbelager des ehemaligen Reichskanzlers weilten sein zweitältester Sohn August Felix, sowie die Schwester seiner verstorbenen Gattin, Fräulein von Wuthenau. Kaiser Wilhelm wurde von dem Ableben des Herrn von Bethmann benachrichtigt. Die Beisetzung erfolgt Mittwoch nachmittag um 3 Uhr in der Familiengruft auf Hohenfinow.

Noten über Noten.

Angebliche Nichterfüllung übernommener Pflichten durch Deutschland.

Berlin, 31 Dezember. Wie der Deutsche Botschafter in Paris mitteilt, ist ihm heute eine Note der französischen Regierung zugegangen, in der die Behauptung aufgestellt wird, daß Deutschland in einer Reihe wesentlicher Punkte gegen die in Spaa übernommenen Verpflichtungen verstoßen habe. Die Note schließt:

„Die französische Regierung nimmt, soweit sie beteiligt ist, schon jetzt von diesen Verstößen, die Deutschland gegen die feierlich übernommenen Verpflichtungen begangen hat. Die alliierten Regierungen werden über diese Verstöße zu befinden haben."

Nach dem Protokoll von Spaa sollen die Kontrollkommissionen darüber berichten, ob die Deutsche Regierung die übernommenen Verpflichtungen loyal erfülle. Deutschland hat sich nach besten Kräften und in voller Loyalität bemüht, den Anforderungen des Protokolls gerecht zu werden. In den Ländern der Verbündeten ist der Erfolg dieser Bemühungen von Staatsmännern wie im Parlament und Presse anerkannt worden. In der vorliegenden Note aber sollte offenbar, um den im Spaa-Protokoll festgesetzten Termin vom 1. Januar zu wahren, alles zusammengefaßt werden, was nach Ansicht der Kontrollkommissionen überhaupt als Mangel oder Verfehlung im Betracht kommen können.

Die neueste Verbandsnote.

Berlin, 3. Januar. Die neue Note des Verbandes stellt sich gewissermaßen als ein feindseliges Auftreten dar. In ihr werden verschiedene Vorwürfe zusammengezogen, die von dem Verbande Deutschland in den letzten Noten gemacht worden sind. In ihr wird uns vorgeworfen, wir hätten die Waffen nicht abgeliefert und betr. der Einwohnerwehren und Sicherheitspolizei die uns obliegenden Pflichten nicht erfüllt. In der Festungsfrage wird uns vor allem die Nichtablieferung der in Küstrin und Königsberg befindlichen Geschütze zum Vorwurf gemacht. Auch die Nichtablieferung des militärischen Flugzeugmaterials wird als nicht genügend erklärt und unsere ganze Haltung in der Flugzeugfrage als den Abmachungen widersprechend erklärt. Zum Schlusse wird behauptet, wir hätten das Abkommen von Spaa nicht strikte erfüllt. Von seiten der deutschen Regierung ist eine Antwortnote an die Botschafterkonferenz gesandt worden, deren Inhalt noch heute im Laufe des Tages veröffentlicht werden wird.

Das Reglement für die Abstimmung in Oberschlesien.

Wahlrecht nicht vor Mitte März.

Breslau, 4. Januar. Die feindliche Kommission in Oppeln hat [illegible] der in der französischen Kommission vom 27. Dezember 1990 [illegible] Reglement für die Volksabstimmung in

Heimatscholle!

Preisgekröntes Drama.

Oberschlesien abgefaßt und dürfte es in den letzten Tagen amtlich veröffentlichen. Aus zuverlässiger Quelle verlautet über die wichtigsten Punkte des Abstimmungsreglements: Als Stichtag für die nicht in Oberschlesien geborenen, aber dort wohnenden Abstimmungsberechtigten gilt der 1. Januar 1904. Von den in Oberschlesien wohnenden aber nicht dort geborenen Personen sollen also nur die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen, die seit 16 Jahren ununterbrochen in Oberschlesien wohnen. Nach dem Friedensvertrage soll dieser Stichtag „nicht nach dem 1. Januar 1919" liegen. Die feindliche Kommission glaubte also zum Nachteil der deutschen Wahlaussichten 15 Jahre hinter diesen Zeitpunkt zurückgehen zu sollen! Die Abstimmungsberechtigten werden in 4 Kategorien eingeteilt:

1. in Personen, die in Oberschlesien geboren sind und dort wohnen,
2. in Personen, die in Oberschlesien geboren, aber dort nicht ansässig sind,
3. in Personen, die außerhalb Oberschlesiens geboren sind, aber dort seit dem 1. Januar 1904 oder einem früheren Zeitpunkt ununterbrochen wohnen,
4. in außerhalb Oberschlesiens wohnende Personen, die dort am 1. Januar 1904 ihren Wohnsitz hatten, ihn aber infolge ihrer Ausweisung aus diesem Gebiete durch die deutschen Behörden nicht beibehalten haben.

„Diese Einteilung," sagt das Wahlreglement, „erfolgt mit Rücksicht auf die Aufstellung der Stimmlisten je nach der Art der Ausweise, die die Stimmberechtigten zum Nachweise ihrer Berechtigung zur Eintragung in die Stimmlisten vorzulegen haben." Wir erinnern uns, sagt ein Breslauer Blatt, sehr wohl daran, daß die Polen noch einige Kategorien Abstimmungsberechtigter mehr vorgeschlagen hatten. Die Kommission des Generals Le Rond hat aber auch mit der beschlossenen Differenzierung den polnischen Wünschen in einer Weise nachgegeben, die der Annahme eines Diktats gleichkommt. Insbesondere kann die Errichtung einer besonderen Kategorie für die Ausgewiesenen nur als eine lächerliche Geste, die auf das ununterrichtete Ausland berechnet ist, betrachtet werden. In der Tat hat es niemals Ausweisungen aus Oberschlesien gegeben. Zwar ist eine Anzahl bedauerlicher Verfügungen von Beamten „im Interesse des Dienstes" vorgekommen, im übrigen aber hat es in Preußen und Deutschland niemals eine Gesetzeshandhabe dafür gegeben, Verbohner irgend eines Landesteiles, also Reichsdeutsche, auszuweisen. Das „Recht" der Deportation hat man immer nur in Rußland und — Frankreich gekannt.

Jeder Stimmberechtigte soll in der Gemeinde abstimmen, in der er am 1. Oktober 1920 ansässig war, oder wenn er nicht im Abstimmungsbezirk ansässig ist, in der Gemeinde, in der er geboren ist. Die „Ausgewiesenen" stimmen in der Gemeinde ab, in der sie ansässig waren, als sie aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen wurden. Die Feststellung des Datums mit dem 1. Oktober 1920 ist rein willkürlich. Der Friedensvertrag sagt, daß alle ansässigen Oberschlesier in der Gemeinde abstimmen [illegible] in der sie ihren Wohnsitz haben. Ganz willkürlich bestimmt das [illegible]ment auch, daß Gutsbezirke, die weniger als 190 Einwohner [illegible] einer Nachbargemeinde dieselbe Urne benutzen und Gutsbezirke [illegible] 600 Einwohner zählen, weder einen eigenen Wahlkörper [illegible] noch ein eigenes Wahllokal besitzen sollen und in Bezug [illegible]ungen einer Nachbargemeinde angegliedert werden. [illegible] daß das Abstimmungsergebnis „gemeindeweise [illegible]ellt in jeder Gemeinde" festgestellt werden soll. [illegible] zweifelhaft politische Gemeinden im Sinne [illegible] und eine unterschiedliche Behandlung, auch [illegible], wenn man bedenkt, daß das Abstimmungsg[illegible] ebenso für sich festgestellt wird, wie das des [illegible]ner Stadt vorgelagert ist, durch nichts gerechtfertigt [illegible] Nachgeben gegenüber polnischen Wünschen. [illegible]stenfestung sagt das Reglement, daß am [illegible]ten Kreisbüros konstituiert, vom 10. bis [illegible] gemeindeausschüsse gebildet werden und [illegible] Frist für die Eintragung in die [illegible]. Am 3. Februar, 6 Uhr abends, ist [illegible]n 6. Februar Beginn der Auslegung der [illegible] Beginn der zweitägigen Frist für die Ein[illegible], am 3. März, 6 Uhr abends, Ablauf der Frist [illegible]scheidung der feindlichen Büros über die Einsprüche, am [illegible] der feindlichen Kommission über die Einsprüche. [illegible]ahlstage — sagt das Wahlreglement — werden durch die feindliche [illegible]ion später bekannt gemacht. Das soll — wie eine Bekanntmachung der feindlichen Kommission im Oppelner Amtsblatt bereits vor [illegible] Zeit besagt — rechtzeitig geschehen. Hiernach kann die Abstimmung nicht vor Mitte März erfolgen.

[illegible]Man sieht aus diesen Stichproben aus dem Abstimmungsreglement, daß [illegible] den aus den verschiedenen Veröffentlichungen bekannten Wünschen [illegible]s über alles Maß und zum allergrößten Nachteil für die [illegible] Wahlaussichten entgegenkommt. Vor allen Dingen muß es [illegible] Befremden erregen, daß bei den Vorberatungen über dieses Abstimmungsreglement weder, wie man doch mindestens hätte erwarten dürfen, der paritätische Beirat, noch Vertreter des deutschen Abstimmungskommissariats oder sonst irgendwelche Vertreter der deutschen oberschlesischen Bevölkerung hinzugezogen sind. Es ist aber kaum zu viel behauptet, daß der Einfluß Korfantys fast aus jeder Zeile dieses Abstimmungsreglements herauszuspüren ist.

[illegible] Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher."

[illegible]Berlin, 1. Januar. Der deutschen Friedensdelegation in Paris [illegible] eine Note des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten [illegible] 28. Dezember zugegangen. Sie besagt sich mit der Frage des [illegible]hlusses Ersuchens des Oberreichsanwalts in den Ersuchungen gegen [illegible] diplomatische Weg soll dann eingeschlagen werden, wenn es sich um [illegible]gsbeschuldigte. Die Note unterscheidet drei Sorten von Fällen: [illegible]schuldige handelte, die weder auf der Liste der 45 Fälle, noch auf der [illegible]ohen Auslieferungsliste vom 3. Februar stehen, gegen die aber der Oberreichsanwalt auf Grund anderen Materials eingeleitet hat. Der [illegible] Spa vereinbarte unmittelbare Schriftverkehr zwischen dem Oberreichsanwalt und dem französischen Justizministerium soll dem Wortlaut der Vereinbarung entsprechend auf die Fälle der am 7. Mai übersandten [illegible]e der 45 Fälle beschränkt bleiben. In Sachen von Beschuldigten, die [illegible]ar nicht auf der Liste der 45, wohl aber auf der großen Auslieferungsliste stehen, wird keine Rechtshilfe geleistet. Die französische Regierung [illegible]klärt, sich den in den Strafartikeln des Friedensvertrages vorgesehenen Anspruch auf Auslieferung dieser Personen und ihrer Aburteilung durch französische Gerichte wahren zu wollen. Sie glaubt diesem Anspruch etwas zu vergeben, wenn sie dem Oberreichsanwalt für das deutsche Untersuchungsverfahren Auskunft beschaffen ließe.

Lokales.

?? **Namslau**, 4. Januar. (**Hundertjahrfeier.**) Die Preußische Landgendarmerie — jetziges Landjägerkorps — konnte am 30. Dezember 1920 auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Als nach den Unglücksjahren 1906/07, wie jetzt nach dem verlorenen Weltkriege überall im Vaterlande auf den Landstraßen, in den Städten und Dörfern die Unsicherheit immer [illegible]hm und die Verbrechen sich mehrten, erwies es sich [illegible]bar notwendig, daß eine straff disziplinierte Polizei[illegible] wurde, die dem Bürger die Gewähr darüber bieten [illegible] daß er unbehelligt seinen friedlichen Geschäften nachgehen könne, und die dem Verbrechertum rücksichtslos entgegentreten sollte. Die bis dahin vorhandenen Polizisten, Landreiter, Landdragoner, und wie sie sonst hießen, waren hierzu nicht imstande gewesen. Zum Muster für die neue Polizeitruppe wurde die in Frankreich schon lange vorhanden gewesene „Gendarmerie" genommen. So erließ denn König Friedrich Wilhelm III. ein Gesetz, nach dem eine Gendarmerie intermistisch gebildet wurde. Bei der Auswahl der in die Gendarmerie einzustellenden Persönlichkeiten sollte mit größter Sorgfalt verfahren werden, es sollten alles durchaus charakterfeste Männer sein. Das Gesetz schrieb auch vor, daß jeder Gendarm unter allen Umständen Soldat sein und als Soldat betrachtet werden sollte. — Die militärische Organisation der Gendarmerie war deshalb gewählt worden, um sie nachdrücklich zu gestalten. Leiter der Organisation war der Kommandant von Berlin, Generalmajor v. Brauchitsch. Die Organisation schritt schnell vorwärts, so daß im Herbst 1812 die Gendarmerie schon in allen Provinzen in Tätigkeit treten konnte, eine anzuerkennende Leistung, wenn man die damaligen schlechten Verkehrsverhältnisse berücksichtigt. Der eigentliche Zweck der Einrichtung der Gendarmerie, Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen, wurde sehr bald erreicht. — Nach den Befreiungskriegen, an denen viele Offiziere und Mannschaften der Gendarmerie teilnahmen, wurde die ganze Gendarmerie neu organisiert und zwar auf Grund einer Verordnung Königs Friedrich Wilhelm III. Sie betitelte sich: „Verordnung über die anderweitige Organisation der Gendarmerie nebst Dienstinstruktion vom 30. Dezember 1820". Dieser Tag ist als eigentlicher Stiftungstag der Gendarmerie in ihrer jetzigen, auch durch die anderweitige Benennung wenig veränderten Gestalt anzusehen. Durch die Verordnung, die Gesetzeskraft erhielt, wurde u. a. bestimmt, daß die Gendarmerie in Rücksicht auf Oekonomie, Disziplin und übrige innere Verfassung militärisch organisiert und unter dem Oberbefehl eines Generals als Militärchefs dem Kriegsministerium, hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Dienstleistung aber dem Minister des Innern unterstellt sein solle. — Der endgültigen Anstellung ging ein sechsmonatiger Probedienst voran. Die Eintrittsbedingungen schrieben später noch eine mindestens 9jährige Truppendienstzeit vor. Die Anstellung der Offiziere behielt sich der König auf Vorschlag des Chefs vor. Noch verschiedene andere Vorschriften enthielt die königliche Verordnung. — Die Bekleidung und Ausrüstung der Gendarmen — sowohl der berittenen als auch der Fußgendarmen — erfuhr im Laufe der Zeit mancherlei Veränderung. — Es würde zu weit führen, auch nur einen Teil der Verordnungen anzuführen, zu welchen die Gendarmerie herangezogen wurde, und noch vieles andere. Unterstellt wurden die Gendarmen nicht bloß militärischen Vorgesetzten, sondern auch dem Landrat, wie das bis heut der Fall ist. — Am 21. Juni 1920 erschien eine Verordnung der Preußischen Staatsregierung wonach das aus dem Französischen abgeleitete Wort „Landgendarmerie" durch das kerndeutsche Wort „Landjägerei" ersetzt wurde. — Bereits im November v. Js. wurde in Breslau die Feier des hundertjährigen Bestehens der Preußischen Landgendarmerie unter sehr zahlreicher Beteiligung der Landjäger der Provinz Niederschlesien und Vertreter der Behörden begangen. Die Gendarmerie-Abteilung des Kreises Namslau begeht die Jubelfeier morgen, den 5. Januar, in Grimm's Hotel.

= (**Einziehung der Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30 November 1918.**) Die Besitzer dieser Reichsbanknoten werden von der Reichsbank aufgefordert, dieselben bis zum 31. Januar 1921 bei einer Dienststelle der Reichsbank in Zahlung zu geben oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umzutauschen. Mit dem 31. Januar 1921 verliert die aufgerufene Note ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel, was zur Folge hat, daß nach diesem Tage niemand mehr verpflichtet ist, die 50 Mark-Noten vom 30. November 1918 anzunehmen. Es empfiehlt sich deshalb, schleunigst alle 50 Mark Noten dieser Ausgabe bei einer Reichsbankanstalt, öffentlichen Bank, Sparkasse oder Geldinstitut in Zahlung zu geben oder umzutauschen. Nach dem 31. Januar 1921 erfolgt die Einlösung nur noch bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, aber auch nur bis zum 31. Juli 1921. Mit letzterem Zeitpunkt erlischt für die Reichsbank die Einlösungspflicht überhaupt. — Um jedem Irrtum vorzubeugen, wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich bei diesem Aufruf lediglich um die Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem genannten Datum handelt. Unberührt vom Aufruf bleiben sämtliche übrigen Reichsbanknoten Reichskassenscheine und Darlehnskassenscheine, also auch die anderen auf 50 Mark lautenden Darlehnskassenscheine und Reichsbanknoten. Alle diese Geldzeichen bleiben gesetzliche Zahlungsmittel, müssen also von jedermann auch ferner in Zahlung genommen werden.

= (**Neue 100- 50- und 10-Markscheine**) In der nächsten Zeit werden, wie von Berlin gemeldet wird, neue Reichsbanknoten von 100, 50 und 10 Mark ausgegeben werden. Die Ausgabe der Kupferdrucknoten zu 50 Mark war bereits für das Jahr 1916 geplant und auch vorbereitet, konnte jedoch wegen der Kriegsverhältnisse nicht bewirkt werden. Die Notwendigkeit der Herstellung neuer Kupferdrucke im Interesse der Sicherung des Papiergeldumlaufes hat sich schon lange ergeben. Die Noten werden nur mit einigen den Zeitverhältnissen entsprechenden kleinen Aenderungen herausgegeben werden. Die Entwürfe zu den Buchdrucknoten von 50 und 10 Mark sind neueren Datums. Die neue Banknote von 100 Mark ist auf weißem Papier mit natürlichen Wasserzeichen und Faserstreifen von kupferbrauner Farbe im Buchdruck hergestellt und 10,3 zu 16,2 Zentimeter groß, die Note von 50 Mark hat eine Größe von 10:15 Zentimeter, auf welches sie gedruckt sind, enthält gleichfalls ein natürliches Wasserzeichen, das die Zahl 50 in verschiedenen Stellungen zeigt. Die Note von 10 Mark ist 8,4 : 12,6 Zentimeter groß und auf Wasserzeichenpapier mit hellbraunen Fasern gedruckt. Das Wasserzeichen steht sich zusar[illegible] Ausdrucken und [illegible] letzteren tritt die [illegible]

= (**Bunter Abend.**) Eine solche Veran[illegible] gs- [illegible] mögliche eine große Anziehungskraft [illegible] ten, auch in unserer Stadt. [illegible] [illegible]ffen; daher, daß auch der [illegible] viele Besucher in [illegible] doch einen guten [illegible] gen[illegible]

Heimatscholle!

Preisgekröntes Drama.

erfordert Millionen und Abermillionen, die ausschließlich durch private Spenden aufgebracht werden müssen, da Staat und Gemeinden dazu keinerlei Mittel gewähren dürfen. — Möge der Sonntag deshalb bis auf den letzten Platz gefüllt sein. — Die Noten finden im Anzeigenteile d. Nr. die Vortragsordnung in Umrissen veröffentlicht, aus der zu ersehen ist, daß der „Bunte Abend" Gesangsvorträge des hiesigen Männergesangvereins, Klavier- und andere Vorträge auswärtiger Künstler und eine Theateraufführung bieten wird. Der „Bunte Abend" wird ein überaus genußreicher Abend sein. — Das ausführliche Programm wird in der Sonnabendnummer des „Stadtblattes" erscheinen. — Schon heut sei die Wohltätigkeitsveranstaltung aufs wärmste empfohlen! —

= (**Neujahrswünsche und Grüße**) sind aus allen Teilen des Reiches in großer Zahl der hiesigen Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier zugegangen. Sämtliche Kundgebungen gipfeln in dem einhelligen Versprechen, daß all: im Reiche zerstreut lebenden Oberschlesier bestimmt zur Abstimmung in die alte Heimat kommen und mit verhelfen helfen wollen, daß ihr geliebtes Oberschlesien vom Mutterherzen Deutschlands gerissen werde. Oberschlesien gehöre zu Deutschland und soll für immer auch bei ihm verbleiben.

Rettet die Kinder!

„Das Martyrium der kleinen Deutschen".

Im Verfolg unseres kulturellen Wiederaufbauprogramms haben wir bekanntlich bereits wiederholt auf die Notwendigkeit der gesundheitlichen Neugeburt unseres Volkes und nicht zuletzt der ehemaligen Kriegsgefangenen hingewiesen. Insbesondere appellierten wir im Rahmen dieser Lebensinteressen an unsere Organisation, ihrer Ehrenpflichten zur Rettung der deutschen Kindermelt vor Hunger und Unterernährung, Krankheit und Siechtum durch hochherzige Stiftung von Land-Erholungsstellen für die Kinder bedürftiger Kameraden zu gedenken.

Das Gewissen der Westmächte und ihrer Regierungen vor allem gilt es aufzurütteln! Als unparteiliches Bundesgenossen haben wir hierbei einen namhaften französischen Politiker und Belletristen, — den Publizisten Paul Rebour des Pariser Blattes „Humanité", der deutsches Kinderelend in Zürich persönlich mit eigenen Augen sah.

Als erster Franzose hat er am 6. Oktober 1920 an sein Volk und die Alliierten einen Protestschrei der Anklage geschleudert, der in seinerdringlichen Wucht jedes menschlich fühlende Herz erschüttern muß. Sein Hilferuf mit dem Motto „Das Martyrium der kleinen Bocheschel nachstehend im Auszug wiedergegeben:

. . . . „Während des Krieges" so ruft Paul Rebour aus — [illegible] die Deutschen mit der Verachtung der ganzen Welt beladen worden, [illegible] sie, wie man sagte, Kinderhände abgehackt hätten. Merkwürdig ist, daß die Opfer, sobald man sie mit eigenen Augen sehen wollte, nicht aufzufinden waren. . . . Tatsache aber ist: niemals haben die Alliierten, soviel ich weiß, ein einziges photographisches Dokument geliefert, das diese spukhaften kleinen Märchen beträfe, von denen man soviel redet hat. . . . Was aber tragische Realität ist, das ist das Los der Kinder in den Zentralstaaten. . . . Die Hungersnot ist hart in Deutschland, von dem man uns sagt, es sei ohne Unterlaß damit beschäftigt, uns zu beleidigen und zu verdöhnen. Und sie ist noch härter in Oesterreich. Die Kinder sterben, ja — sterben im wörtlichen Sinne vor Hunger.

Das ist der grauenhafte Kollektivmord in allen Städten der Zentralstaaten, an dem sich die Alliierten schuldig machen. . . . Ich weiß nicht, welchen Namen sich die französischen Mütter würden gefallen lassen wollen, die ihr Herz vor Mitleid werden klopfen fühlen bei dem Gedanken an das Martyrium, das man diesen Kindern aufbürdet für einen Fehler, den sie nicht begangen haben. Ich weiß nicht, ob es ein feiger Gedanke ist, das Haßgefühl vorauszusehen, in das alle diese Mütter hineingetrieben werden können, die ihre Kinder sterben sehen in ihren Armen . . . . . weil wir uns diesen Preis zahlen lassen für all das Elend, das der Krieg bei uns verursacht hat. Aber das weiß ich, und das sage ich — Finanzschreien möchte ich es, so lebendig ich die Ueberzeugung meines Herzens, daß die Verzeihung eines Friedensvertrages, der Kinder zum Tode verurteilt, Elende oder große Schuldige sind, daß ein Schrei der Empörung mir auf die Lippen kommt, wenn ich denke, daß diese Hungersnot, die uns ersonnen, aufrecht erhalten, geregelt ist als Zwangsmittel, daß es des Franzosen unwürdig ist, vor dieser Monstrosität gefühllos zu bleiben, die diesmal bewiesen ist durch tausend und abertausend Fälle, daß endlich unsere Gefühlslosigkeit in dieser Beziehung aus jedem von uns einen Mitschuldigen macht. — . . . . Unser Verbrechen ist schwerer, denn geschieht im Frieden. Wir hacken die Hände der Kinder nicht ab, aber wir schauen ruhig zu, wie diese kleinen Hände, die sich unserm Herzen nach dem Leben ausstrecken, welken, und stelle auf ihre gemarterten Körper zurückfinken. Nach dem Waffenstillstand blieb uns noch ein Feld, das uns mit unseren Gegnern zu messen, — das der Schenßlichkeiten. Auf auf diesem Felde haben wir sie geschlagen." —

So urteilt — ein Franzose! Ein gewiß unverdächtiger, unbefangener Kronzeuge. Ganz Deutschland hat er aus der Seele gesprochen!

Darum: Verbreitet diese Anklage, tragt sie hinaus ins Publik! Setzt Euch mit Eurem Herzen dafür ein, daß diese vorerst noch vereinzelte, schwache Stimme wiederkehrender, sich selbstbesinnender Menschlichkeit nicht kraftlos verhalle, sondern auf dem Wege über die deutsche Oeffentlichkeit überall in der Welt ihr Echo finde und so den Westmächten zum Spiegel ihrer selbst werde. . . . . .

Zu protestieren gilt es, immer wieder zu protestieren! Brandmarkt den Hungerkrieg gegen wehrlose Säuglinge! Rüttelt das Gewissen der Welt auf! Denkt an Eure eigenen Kinder! Fr.

— Wie verlautet, werden demnächst 2 Dampfer des Lloyd [illegible] in Hamburg eintreffen, um die schon seit fast Jahresfrist auf die Ausreise nach Brasilien wartenden Auswanderer dorthin zu befördern. [illegible] bekannt, hatte die brasilianische Regierung im vergangenen Jahr Ueberfahrt für 3000 deutsche Auswanderer einschließlich Familien in Aussicht gestellt. Die Auswanderer mußten dem landwirtschaftlichen Beruf angehören oder in ihm praktische Kenntnisse besitzen. Tatsächlich wurde im Dezember 1919 und Januar 1920 eine geringe Zahl dieser Auswanderer nach Brasilien abbefördert. Die meisten von ihnen waren Arbeiter auf Kaffeepflanzungen, nur sehr wenige erhielten Land zu [illegible] in Aussicht gestellt worden war. Die brasilianische Regierung hatte unseren Land nicht zur Verfügung. Die große Mehrzahl der Auswanderer blieb in Deutschland, besonders in den Hafenstädten. Auf die Nachricht von oben erwähnten neuen Extratransport [illegible] nämlich hunderte von Auswanderungswilligen mit Familien [illegible] deutschen Hafenstädten begeben. Diese Auswanderer kamen [illegible] Not, denn sie hatten in ihrer Heimat die Arbeit gekündigt, [illegible] Verkauft und ihre Wohnungen waren bei der herrschenden Wohnungsnot sofort besetzt worden. Die geringen Geldmittel [illegible] den teuren Hafenplätzen [illegible] gezehrt. Arbeit wird [illegible] schwer zu beschaffen.

Zeichnet
zur Grenzspende für Oberschlesien.
Grenzspendenkonto Nr. [illegible] der Kreisbank Namslau.
Vereinigte Verbände heimatt. Oberschlesier. Deutscher Schutzbund.

[illegible] 2 Dampfer eintreffen sollten, was noch ähnlich ungewiß [illegible] nur solche Auswanderer mitnehmen, die im Besitze eines [illegible] Paßvisums sind und werden in erster Linie diejenigen abgefertigt werden, die sich in der größten Not befinden. Andere Auswanderer kommen überhaupt nicht in Frage.

Nach Vorstehendem kann nicht genug vor der planlosen Abfahrt nach den Hafenstädten gewarnt werden. Jeder Auswanderungswillige sollte sich vor Abfahrt über seine Aussichten bei der Zweigstelle des Reichswanderungsamts in Breslau, Kaiser Wilhelmplatz 20 erkundigen. Die Auskunft wird schriftlich und mündlich kostenlos erteilt.

Namslau. Von der beispiellosen Unsicherheit auf dem Lande in unserer heutigen Zeit zeugt folgender erschütternder Vorfall:

In dem 15 Minuten von Jakobsdorf entfernten Eisdorf führte der Inwohner und Sattlermeister Gallert in seinem einsam gelegenen und nur von ihm bewohnten Häuschen ein zurückgezogenes und beschauliches Leben. Daselbst fiel er höchstwahrscheinlich am Tage vor dem Heiligen Abend einem furchtbaren Raubmorde zum Opfer. Auffallend gemacht durch hungernde Haustiere, drangen am Morgen des 24. Dezember Dorfbewohner gewaltsam in die stille Behausung und wurden erschreckt durch den Anblick des mit gespaltenem Haupte auf der Sattlerbank hockenden Toten, der den Priemen noch in der Hand hielt. Der Raubmörder muß mit den örtlichen Verhältnissen vertraut gewesen sein. Vermutlich sind ihm 3000 Mark bares Geld in die Hände gefallen. Den unzulänglichen und durch die eintretenden Feiertage verspäteten Recherchen ist es zuzuschreiben, daß unbegreiflicherweise bisher noch keinerlei Aufklärung in dieser mysteriösen Angelegenheit erfolgt ist.

— Die **Entrichtung der Stempelabgaben** für die im Kalenderjahr 1920 in Kraft gewesenen schriftlichen und mündlichen **Pacht- und Mietsverträge** und für die **Automaten- und Musikwerke** hat nach Maßgabe des Landesstempelsteuergesetzes und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen **spätestens bis Ende Januar 1921** zu erfolgen. Stempelpflichtig sind auch die schriftlichen und mündlichen Verträge über die Vermietung möblierter Zimmer, wenn der monatliche Mietspreis mehr als 30 Mark beträgt.

„Neuregelung der Verwaltung der Grenzspende für Oberschlesien."

Um die gewaltigen Geldmittel, die für die Volksabstimmung in Oberschlesien erforderlich sind, aufzubringen und gleichmäßig zu verteilen, haben die Vereinigten Verbände (seit neuester Zeit, Mitverwalter der deutschen Grenzspende), und der deutsche Schutzbund, mit Genehmigung der zuständigen Behörden, eine gemeinschaftliche Organisation geschaffen, deren höchstes Organ, das Direktorium der Grenzspende in Berlin, „Schloß Bellevue" ist.

An den Landes-, Bezirks-, sowie Ortsgruppen, wurden besondere Stellen eingerichtet, welche die Werbetätigkeit übernehmen.

Das hiesige Spenden-Konto erhält von heut ab die Benennung: „Grenzspenden-Konto für Oberschlesien". Sämtliche Beträge, die von heut ab eingehen, werden von Seiten der Kreisbank in Empfang genommen und gebucht, und zwar verbleibt ⅓ beim Grenzspenden-Konto 364, der hies. Kreisbank, während ⅔ des eingezahlten Betrages an das Grenzspenden-Direktorium in Berlin überwiesen werden. Sämtliche eingegangenen Beträge werden veröffentlicht.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß diese bei dem hiesigen Grenzspenden-Konto verbleibenden Mittel lediglich nur zum Zwecke der Abstimmung verwandt werden, und müssen dementsprechend in ihrer Gesamtheit den oberschlesischen Abstimmungsberechtigten zu gute kommen. Sie werden keinesfalls für organisatorische Aufgaben verwandt werden.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier.
Bezirksgruppe Namslau.

— In der letzten Veröffentlichung im „Namslauer Stadtblatt" sind beim hiesigen Grenzspendenkonto für Oberschlesien, Nr. 364 der Kreisbank Namslau folgende Spenden eingegangen:

Höhere Mädchenschule und kath. Volksschule 258,20 Mk., Herr Lajer, hier, 10 Mk., Herr Koß, hier, 5 Mk., worüber hiermit dankend quittiert wird.

— **Die Sammlungen für die Deutsche Kinderhilfe, deren Zweck es ist,** die ungeheure körperliche, sittliche und seelische Not unserer Kinder zu lindern und den Kinderpflegeanstalten aller Art die Mittel zur Fortführung ihrer schwerbedrohten, segensreichen Tätigkeit zu gewähren, werden in Schlesien vom 16. Januar ab beginnen, soweit nicht schon in einzelnen Städten und Kreisen damit angefangen worden ist. Dem in Breslau gebildeten Provinzialausschuß, dessen Ehrenvorsitz Oberpräsident Zimmer angenommen hat, sollen in allen Kreisen und Gemeindenn mit mehr als 5000 Einwohnern Sammelausschüsse angegliedert werden. Der gesamte Ertrag der Sammlung wird den in Schlesien bestehenden Kinderpflegeanstalten und all den Wohlfahrtsorganisationen zufließen, die sich mit Kinderfürsorge befassen. Sie sind auch sämtlich im Provinzialausschuß vertreten, seine Geschäftsstelle sich Breslau 13, Kaiser-Wilhelmstraße 5/7 befindet. Auch werden schon jetzt, ebenso wie von allen größeren Zeitungen [illegible] Spenden für die Deutsche Kinderhilfe entgegengenommen.

Provinzielles.

Breslau. Der Einlagenbestand der Stadtsparkasse hat die Summe von 2,0 Millionen Mark überschritten. — Den 60 Kriegsverletzten der Zigarett-Abteilung Brüderkloster wurde am Hl. Abend durch gütiges Entgegenkommen der Barmherzigen Brüder eine schöne Weihnachtsfeier geboten, an der sich außer den übrigen Insassen des Krankenhauses auch zahlreiche Besucher beteiligten. Es gelangten viele Gaben zur Verteilung, solche hatten außer den Brüdern auch [illegible] Geschäftshäuser gespendet. — Als ein Ehepaar am 2. Feiertagsabends den Nachhauseweg über die zugefrorene Ohle nehmen wollte, brach es ein. Die Frau geriet unter die Eisdecke und ertrank, der Mann konnte gerettet werden. — Der Zahntechniker Max Wosch, 19 Jahre alt, hat sich mit Arsenik vergiftet. Grund unbekannt.

Frankenstein. Ein kleines Kind hatte ein Stückchen Karbid, das von einer zersprungenen Lampe herrührte; es verstarb infolgen Qualgas.

Waldenburg. Auf dem fürstl. Tiefbauschacht war der Fahrhauer mit dem Aufräumen unbrauchbar gewordener Zündschnüre beschäftigt. Irrtümlich explodierten dieselben und führten seinen Tod herbei.

Liegnitz. Den [illegible] Schlepper Georg Kaufer fiel im Egmontschacht ein Bergestück auf den Kopf, was Folge hatte.

Glatz. In der Papierfabrik in Mühlendorf geriet der Werkmeister Schiedek infolge Unvorsichtigkeit an die elektrische Starkstromleitung und wurde auf der Stelle getötet.

Freistadt. Unter einen Wagen einer vor dem Beutnerschen Gasthause in Herwigsdorf haltenden Zigeunerbande warf ein vorüberfahrender Radfahrer eine Handgranate. Durch die Explosion wurde der Wagen zertrümmert, wobei ein junges Zigeunermädchen lebensgefährliche Verletzungen erlitt, denen sie bald erlag. Der Täter entkam unermittelt.

Hirschberg. Mittels Einbruchs wurden in der Nacht zum ersten Feiertag dem Uhrmacher Seibt für etwa 60 000 Mark Uhren, goldene Ringe und andere Schmucksachen gestohlen.

Boxhanowitz. Als der Gastwirt Schoppka den in seinem Lokale anwesenden Gästen nach Eintritt der Polizeistunde Feierabend gebot, feuerte einer derselben seinen Revolver auf ihn ab und verletzte ihn tödlich.

Gleiwitz. Auf dem Eise der Klodnitz, wo der Handlungsgehilfe Richard Puk sich vergnügte, brach derselbe ein und verschwand vor den Augen seiner Brüder unter der Eisdecke.

Borsigwerk. Für Ruhegehaltsempfänger, Invaliden, Witwen und Waisen der Borsig'schen Verwaltung haben die Gebrüder Borsig in Berlin 100 000 Mark als Weihnachtsgabe überwiesen.

Kohlenhöchstpreise.

Nachdem die oberschlesischen Gruben die Preise ab 1. Januar cr. erhöht haben, werden die Höchstpreise für den hiesigen Versorgungsbezirk wie folgt festgesetzt:

Grobkohlen ..... Mk. 16.— per Ctr.
Braunkohlen-Briketts „ 15.— „ „

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V. Dr. Jackisch.

Verpflegungsbericht
im Krankenhaus und Krüppelheim der Barmherzigen Brüder zu Namslau.

Militärpersonen.

Bestand am 1. Januar 1920	76	Kranke
Aufgenommen bis 15 August 1920	364	„
Sa.	440	Kranke
Davon wurden als geheilt entlassen	400	Kranke
„ „ „ ungeheilt entlassen	22	„
„ sind gestorben	18	„
Sa.	440	Kranke

16502 Verpflegungstage.

Zivilpersonen.

Bestand am 1. Januar 1920	27	Kranke
Aufgenommen bis 31. Dezember 1920	440	„
Sa.	467	Kranke
Davon wurden als geheilt entlassen	305	Kranke
„ „ „ ungeheilt entlassen	63	„
„ „ „ gebessert „	34	„
„ sind gestorben	15	„
Sa.	417	Kranke
Bestand am 31. Dezember 1920	50	„
Sa.	467	Kranke

Davon gehören der Krüppelabteilung seit 1. Juni an 14 Personen. Bestand z. Zt. 9 Personen.

Davon waren katholischer Konfession	260	Kranke
„ „ evangelischer Konfession	195	„
„ „ freireligiöser Konfession	1	„
„ „ lutherischer Konfession	2	„
„ „ russisch-orthodoxischer Konfession	7	„
„ „ mosaischer Konfession	2	„
Sa.	467	Kranke

16908 Verpflegungstage.

Krankenaufnahmen seit der Gründung der Anstalt 2516 Kranke.
Krankenentlassungen seit der Gründung der Anstalt 2466 „ .

Leitender Arzt der inn. Abtlg. ist Herr **Dr. Nerlich.**
Leitender Arzt für chirug. und orthopäd. Herr **Dr. Wiesner.**

Der Landwirt Karl Peter in Namslau, Dt. Vorstadt, hat in Nr. 122 des Namslauer Stadtblattes bei Veröffentlichung seines Telefonanschlusses die Bezeichnung „Karl Peter, Viehhändler" gebraucht. Da nun der gesamte Viehhandel im Deutschen Reich seit 1. Oktober 1920 konzessioniert ist und Herr Peter weder eine Ausweiskarte des Schlesischen Viehhandelsverbandes noch eine Handelserlaubnis der Provinzial-Fleischstelle besitzt, darf derselbe weder Vieh aufkaufen, noch die irreführende Bezeichnung „Viehhändler" führen, was wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Der Kreisverein Namslau der Fleischer und Viehhändler.

Hotel-Restaurant, Konditorei u. Kaffee
zum „Schwarzen Adler".
Morgen, Donnerstag, den 6. Januar, abends von 7½ Uhr ab
Großer Musikalischer Altnjahrs-Abend
mit freiem Eintritt.
Knappstein

Zeichnet
zur Grenzspende für Oberschlesien.
Grenzspendenkonto Nr. 364 der Kreisbank Namslau.
Vereinigte Verbände heimattr. Oberschlesier. Deutscher Schutzbund

Deutschnat. Handl.-Gehilfen-Verband.
Ortsgruppe Namslau.
Heut abend 8 Uhr pünktlich
Monats-Versammlung
bei Schmidt, Kasernenstr.

Namslauer Weide-Regulierungs-Genossenschaft in Namslau.

Gemäß § 11 des Genossenschaftsstatuts liegt die Stimmliste vom **6. Januar bis zum 2. Februar 1921** zur Einsicht der Genossen in der Wohnung des Vorstehers aus.

Deutsch-Marchwitz, den 5. Januar 1921.

Der Genossenschaftsvorsteher.
Scupin.

Allen lieben Genossinnen, Genossen, Gewerkschaftskollegen und Gesinnungsfreunden aus Stadt und Land die
herzlichsten Neujahrsgrüße!
Fritz Hoffmann, Kreisvorsitzender.

Allen lieben Kolleginnen und Kollegen die
herzlichsten Neujahrsgrüße!
J. Martzog.

Für die zahlreichen Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zu meinem **50jährigen Dienstjubiläum** beehre ich mich, allen Freunden und Gönnern, besonders der Gemeinde Saabe, meinen **herzlichsten Dank** auszusprechen.

Zimmermann,
Herzogl. Hegemeister.

Für die uns anläßlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten
danken wir herzlichst.

Namslau, im Dezember 1920.

Eisenbahn-Schlosser **Paul Cebulla**
und **Frau Anna** geb. Spät.

Für die uns aus Anlaß unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unseren **herzlichsten Dank.**

Namslau, im Januar 1921.

Steiger **Heinrich Pohl**
und **Frau Elisabeth** geb. Hoppe.

Für die uns anläßlich unserer **Hochzeit** erwiesenen Aufmerksamkeiten **danken wir herzlichst.**

Namslau, im Januar 1921.

Paul Kusch und **Frau Anna**
geb. Neugebauer.

Nach schwerem Leiden verschied am 2. Januar meine geliebte Frau und treusorgende Mutter des einzigen Töchterchens
Frau
Marta Milde
geb. **Keller.**
Glausche, im Januar 1921.
Der trauernde Gatte
und Töchterchen.
Beerdigung Donnerstag, 6. Jan., nachm. 2 Uhr.

Zeichnet
zur Grenzspende für Oberschlesien.
Grenzspendenkonto Nr. 364 der Kreisbank Namslau.
Vereinigte Verbände heimattr. Oberschlesier. Deutscher Schutzbund.

Männer-Gesangverein.

Außerordentliche Hauptversammlung

Mittwoch, den 5. Januar, abends 9 Uhr.

Wahl eines 1. Vorsitzenden.
Fastnachts-Vergnügen.

Oeffentliche Volks-Versammlung

am Mittwoch, den 5. Januar 1921, abends 7½ Uhr bei **Opitz.**

Deutschlands Not, die Zukunft Preußens und die Sozialdemokratie.

Referent:
Reichstagsabgeordnet. Feldmann, Langenbielau.

Freie Aussprache!

Männer und Frauen aller Stände aus Stadt und Land werden dazu eingeladen. Kein Einwohner von Namslau und Umgegend versehle im eigenen Interesse zu erscheinen.

Der Sozialdemokratische Verein Namslau.

S. C. Preussen 16 Namslau.

Freitag, 6. Jan. d. Js., abds. 8 Uhr

General-Versammlung

bei **Schwuntek.**

Tagesordnung:
1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl.

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Heiterer Abend

zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins ausgeführt durch hiesige Dilettanten am 6. Januar 1921 im Saale des Herrn Schwuntek.

Schattenspiele.

1) **„Der rechte Barbier".** von E. H Lethge.
2) **„Der Handschuh".** . von Schiller.
3) **Volkslieder.** . . . . . * *
4) **Spinnstube.** . . . . . * *
5) **Ein Schwank.** . . . . . von Wilh. Busch.

In den Pausen **Musik.**

Generalprobe am 5. Januar 1921.

Preise der Plätze:
Generalprobe: Sitzplatz 2.— Mk., Stehplatz 1.— Mk.
Aufführung: Reihe 1 bis 6 4.— Mk., Reihe 7 bis 12 3.— Mk., Stehplatz 1 50 Mk.

Beginn für beide Vorstellungen 7½ Uhr abends.
Vorverkauf für beide Abende bei Herrn **Häsler.**

Eisenbahn-Verein Namslau.

Winter-Vergnügen

am 8. und 15. Januar, abends 7 Uhr, in **Grimm's Hotel.**

Theateraufführung u. Tanz.

1. **Wie man Männer fängt.**
2. **Die Naturheilmethode.**
3. **Humoristische Vorträge.**

Nur für Mitglieder und geladene Gäste.

Generalprobe

Freitag, den 7. Januar, abends 6 Uhr, auch für Nichtmitglieder. **Eintritt für Erwachsene 1,50 M., für Kinder 0,75 M.**

Der Vorstand.

Zu dem am 8. Januar im Saale des Herrn Gastwirt **Schlanert—Giesdorf** stattfindenden

Maurer- und Zimmerer-Vergnügen

ladet freundlichst ein **das Komitee.**

Anfang 5½ Uhr.

Kaufe

junge Pferde,

Fohlen u. Schlachtpferde.

Bei Unglücksfällen stelle auch Wagen zur Verfügung.
Zahle die höchsten Preise.

Karl Troche, Viehhändler.

K. V.

Mittwoch, den 5. Januar

Versammlung.

Der Vorstand.

Wer erteilt jungen Herren

Unterricht im Tanzen?

Gefl. Offerten unter **„Weidmannsheil"** an die Exped.

Privat-Unterkunft

sucht Reisender mit Frau auf ca 18 Tage. Eil.-Offerten unter **P. 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Wer erteilt **Laute-Unterricht?** Off. an die Exped. erbeten.

Reichsv. ehem. Kriegsgef.

Sonntag, den 9. Januar nachm. 2 Uhr bei Herrn **Jacob (Brauerei Lorenz)** Schützenstraße

Generalversammlung

mit Vorstandsneuwahl.

Der Wichtigkeit wegen wird um vollzähl. Erscheinen gebeten.

Freiw. Versteigerung.

Sonnabend, 8. Januar, vorm. 10 Uhr werde ich hierselbst bei Frau Gasthausbesitzer **Weber**

mehrere Polsterbänke

(für Gastwirte geeignet)

öffentlich versteigern.

Besichtigung ½ Std. vorher.

Reimann,
Gerichts-Vollzieher in Namslau.

Zwangs-Versteigerung

Donnerstag, den 6. Jan. vorm. 10 Uhr werde ich hierselbst i. d. **Pfandkammer** (Amtsgericht)

1 Bücherschrank, einen großen Spiegel, ein Vertikow, 1 Chaiselongue

öffentlich versteigern.

Reimann,
Gerichts-Vollzieher in Namslau.

30000 M.

von pünktlichem Zinsenzahler auf sichere Hypothek **gesucht.** Angebote verschlossen an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter **S. 3.**

Verein. Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Bezirksgruppe Namslau.

Voranzeige!

Dienstag, den 11. Januar, abends 7½ Uhr, Grimm's Hotel

2. Bunter Abend.

(Der gesamte Reinertrag fließt dem Grenzspenden-Konto für Oberschlesien zu.)

Mitwirkende: **Männer-Gesang-Verein Namslau, hies. u. ausw. Damen u. Herren.**

Es gelangen zur Aufführung:

Männerchöre, Klavier- u. Violinsolis, Rezitationen.
Vortrag des Herrn Dr. rer. pol. Kleiner, aus Beuthen O.-S.
Vorträge des Mandolinen- u. Lautenchors aus Oels.

Zum Schluß:

„Heimatscholle",

Preisgekröntes Drama in 1 Aufzug von **Friedr. J. Schare.**

Beginn des Vorverkaufs: **Sonnabend, den 8. Jan.,** bei Herrn **Willi Häsler,** Zigarrengeschäft, Ring.

Preise der Plätze: Sperrsitz 6,— M., I. Pl. 5,— M., II. Platz 3— M., Stehplatz 2,— M.

Verreist

Dr. Wiesner,

Krüppelheim.

Begler-Beg, Dicke Bohnen, Sultan 6,

die beliebten 20 Pfg.-Zigaretten ohne Mundstück, sind immer u. in jedem gewünschten Posten zu haben in der

Raucher-Quelle, Namslau i. Schl.,
Wilhelmstr. 8.

Auf der

Domäne Schwirz,

decken die gekörten Hengste

„Rex", R.

Der „Di

Deckzeit von 7—9 U.
Deckgeld 150 M.

Eilt! Eilt!

Sehr wichtig

für Angestellte mit einem Jahres-Einkommen von mehr als 15000 Mark bis 30000 Mark.

Die **Ausdehnung** der **Versicherungspflicht** in der Angestellten-Versicherung für Angestellte mit einem Jahreseinkommen von mehr als 15 000 Mark bis 30 000 Mark steht nach einem dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf **unmittelbar** bevor.

Hiervon betroffene Angestellte können sich von der **eigenen** Beitragspflicht durch **ausreichende** Lebensversicherung befreien lassen.

Es muß mit etwa schon vorhandenen Lebensversicherungen eine Gesamt **Lebensversicherungs-Prämie** von jährlich **Mk. 760.—** bezw **Mk. 940.—** nachgewiesen werden.

Wenden Sie sich **bald** wegen näherer Auskunft und fachmännischem Rat an

C. W. Laske, Namslau-Altstadt,

General-Vertreter der Schles. Lebensversicherungs-Ges. a. G. zu Hannau.
(Gegr. 1859.)

Bitte ausschneiden!

Sofort bestellen.

Phönix la Tafelmargarine

(Pflanzenfett)

ersetzt feinste Naturbutter, versendet in Postkolli 9 Pfd. Inh. inkl. Porto, Verpackung, Nachnahme

1 Kolli lose 124.20 Mk.
1 Kolli gepackt in Einzelpfunden **126.00 Mk.**
per Nachnahme.

Margarine-Versandhaus Phönix
Brockau, Schlesien.

Ein sprungfähiger Zuchteber

zu verkaufen **Solarek,** Böhmwitz.

Zukunft!

Charakter, Eheleben, Reichtum, Glück, wird nach Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdatum u. Schrift einsenden. Viele Dankschreiben aufzuweisen. **Preis 8 Mk.**

Schaub, Hannover,
Ulanenstr. 3.

Bruchkranke

können auch ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden Nächste Sprechstunde Montag den 10. Januar in Breslau, Hotel Breslauer Hof, Neue Taschenstraße 14, an jedem Montag von 10—1 Uhr.

Dr. med. Laabs, Spezialarzt für Bruchleiden, **Berlin W. 35.** Potsdamerstr. 102.

15-25 Mark

garantiert dauernden täglichen Verdienst für jedermann, trotz der hohen Portospesen. Leichte, saubere, angenehme, häusliche Arbeit. — Kein Wiederverkauf. — Bitte um Adresse. Für Rückporto 20 Pfg. erbeten.

Glimmerkarten - Zentrale
R. Bach. Chemnitz.

Gebrauchten 2spänn.

Arbeitswagen

verkauft **Anton Walde, Schwirz.**

Scharfer Hofhund

zu verkaufen. Zu erfragen i der Exped. d. Bl.

Spielkarten

empfiehlt **O. Opitz.**

Tüchtiger

Schuhmachergehilfe

kann bald in Arbeit treten be **M. Baudis,** Kirchstr. 12.

Frauen u. Mädchen

für dauernde Beschäftigung sofor gesucht. **E. Krick**

Ein sauberes ordentliches

Dienstmädchen

oder

einfache Sti

zum 1. Februar gesuc **Frau Else La**

Jung. saub.

kann sich melde **Frau Bäckerm Wilh**